

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rendorfel, Ortmannsdorf, Müllsen, St. Nicola, St. Jacob, St. Micheln, Slangendorf, Thurm, Niedermüllsen, Kubischnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das **Amtsgericht** und den **Stadtrat zu Lichtenstein**

Älteste Zeitung im **Amtsgerichtsbezirk**

Nr. 302

Samstag, den 29. Dezember

88. Jahrgang

1918.

Sonntag, den 29. Dezember

Lichtenstein.

Verkaufsstelle Bürgerschule. Montag 3-5 Uhr, Citabletten, Stärke-Erbsen, Knochenbrühwürfel, Bulgarenspeise, Feinstkaffee, Streichpaste 4.- M., Würze-Extrakt, in Dosen und Flaschen, Senf in Gläsern, Wasch-Seife 1/4 Stück 4.25, Kackblut (Wurk) Dose 2.80, Erleben-Brottaustisch, 4.80 Mark.

Gewandverkauf: Rohrabi 5 Pfund 75 Pfa., Möhren 5 Pfund 80 Pfa., Sellerie 5 Pfund 2.25 Mark, Weiskraut, 1 Zentner 9 Mark. Zwiebeln auf den Kopf 1 Pfund. Bezahlung im Behrensmitelamt 8-12 Uhr.

Partoffelverkauf, auf Bahnhofstortoffelkarte Abschnitt B vor 156-311.

Saferstücken, R.-M.-R. A Abschnitt P 1, 100 Gramm 14 Pfa

Aufforderung

zur Ablieferung von Heeresgerät aller Art.

Eine Hauptvoraussetzung für die Wiederaufrichtung der heimischen Volkswirtschaft ist die restlose Erfassung und Verwertung des ganzen durch die Demobilisation freiwerdenden Armeematerials jeder Art. Der Heeres- oder Marinegut verschleudert, schlecht beachtet, sich aneignet oder unbefugt veräußert, schädigt ebenso wie der Käufer solcher Güter unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau. Er entzieht die Güter den Volksgenossen, die ihrer am dringendsten bedürfen, verhindert die Abführung unserer Schulden, zu der die Erlöse aus geordnetem Verkauf der Güter beitragen sollen, und vermehrt die finanziellen Lasten des gesamten Volkes. Es ergeht daher an jedermann der Kauf, dazu mitzuwirken, daß von diesen Milliardenwerten nichts durch Nachlässigkeit oder Unreue verloren geht; dabei darf nichts als zu geringfügig angesehen werden. Selbst die leichtfertig weggegebene Waffe hätte bei richtiger Verwertung in umgearbeiteter Form die Hand des Arbeiters oder des Handwerkers mit dem dringend benötigten Arbeitsgerät anzureichern und beschützigen können. Sammelstelle ist unser Rathaus. Herr Roy Scharschmidt ist mit der Entgegennahme der abgelieferten Gegenstände betraut worden.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die bereits an Privatpersonen unrechtmäßig erworbene bzw. verschleuderten Militärgegenstände und Sachen noch dem Staate gehören und zurückzugeben sind, andernfalls sich solche Personen strafbar machen, wenn sie diese Gegenstände behalten.

Gallenberg, den 24. Dezember 1918.

Der Bürgermeister.

Bezirksverband.

R.-G.-Nr. 3464 R. U.

Kriegsfamilienunterstützung nach dem 31. Dezember 1918.

Familien, die Zahlung der Kriegsfamilienunterstützung über den 31. Dezember 1918 hinaus beanspruchen, haben bei der zuständigen Zahlstelle unter Vorlegung des Militärpasses oder einer Bescheinigung des in Frage kommenden Truppenteils, Ersatztruppenteils oder des Bezirkskommandos nachzuweisen, daß sich der Heerespflichtige noch nach dem 30. November 1918 bei der Truppe befindet.

Kurze wichtige Nachrichten.

- * Die frühere deutsche Kolonie Togo soll von der Entente den Tschechen versprochen worden sein.
- * Die Südslaven machen es den Tschechen gleich, sie besetzen und rauben trotz aller Proteste der Klassenratner Regierung deutsche Gebiete.
- * Der mittelschlesische Städtetag protestiert energisch gegen eine etwaige Abtrennung schlesischer Gebiete und Einverleibung in den tschecho-slowakischen Staat.
- * In Danzborn veranstalteten die Bergleute vor dem Rathaus große Demonstrationen; sie fordern von der Stadt Auszahlung der von der Regierung angeblich zugesagten Lohnerhöhungen und Übernahme der Thyssen'schen Bergwerksbetriebe durch die Stadtverwaltung. Es kam zu Gewalttaten. Auch aus anderen Teilen des Ruhrreviers kommen ernste Nachrichten.
- * Graf Czernin entpuppt sich, er sucht das Heil Deutsch-Oesterreichs im Anschluß an die slowakischen Staaten.
- * Gerüchtwiese verlautet, daß die Türkei den Staatsbankrott erklärt hat; unter dem Druck der Entente hat die Türkei die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen.
- * Die Landesversammlung der A- und S.-Märkte fordert nach heftiger Auseinandersetzung zwischen den Mitgliedern der Regierung die sächsischen National-

tätswahlen bereits für den 19. Januar, also mit denen für das Reich zusammen.

* Verschiedene englische Zeitungen betonen, die verschiedenen Mächte könnten dem Bolschewismus in Deutschland ein Ende bereiten, wenn sie Nahrungsmittel liefern. Sie müßten dies ohne Verzug tun.

* Zur Vornahme der Wahlen zur Nationalversammlung hat Marschall Foch im besetzten Gebiet Erleichterungen gewährt.

* Das Erscheinen der Weser-Zeitung in Bremen ist auf Grund ihres Leitartikels „Anarchie oder Freiheit“ vom Soldatenrat auf drei Tage verboten worden.

* Nach dem „Neuen Wiener Tagblatt“ beabsichtigt man in Prag, von den 150000 Bahnvagen, welche Deutschland nach dem Waffenstillstandsvertrag abzulieferen hat, einen Teil für den tschecho-slowakischen Freistaat zu fordern.

Die Matrosenherrschaft in Berlin und ihre Folgen.

Die Regierung hat auf der ganzen Linie nachgegeben, die Matrosen im Bunde mit den Spartakisten sind die Sieger. Die Mehrheitssozialisten haben durch diese unerhörten Vorgänge einen bösen, vielleicht unheilbar tödlichen Stoß empfangen, der „Vorwärts“ ist sehr heimlich geworden und die Re-

gierung berät seit Tagen: Was ist nun zu tun? Lieber nichts „Note haben“ ist dagegen ganz auf dem Triumph eingestellt und kann ihre Ueberdritten nicht groß genug wählen, um — „Eberts Untertunacht“ zu verböhnen. Die Mehrheitssozialisten selbst schon scheinen damit zu rechnen, daß ihre Tage gezählt sind und daß Männer radikaler Richtung sie abblöden werden, die dann, das kann wohl heute schon gesagt werden, Deutschland dem Bolschewismus in die Arme treiben werden. So werden die Wahlen zur Nationalversammlung entweder ganz unmöglich gemacht oder unter dem Terror der Straße gestellt. Und das soll sich eine Masse von 40 Millionen Wählern gefallen lassen? Deutsche Männer und Frauen raist euch auf und steht wie ein Mann gegen solche Unruheherrscher! Sonst greift die Erschütterung auf Deutschlands Wirtschaftstesen über, das sowieso noch auf schwankendem Grunde steht.

Der Rückblick, der jetzt, nach den Berliner Weihnachtskämpfen, einsehen wird, kann für uns schon verhängnisvoll werden. Wie lange unsere Nahrungsmittelvorräte noch reichen, darüber ist volle Klarheit bisher nicht zu gewinnen gewesen. Bis zur neuen Ernte jedoch reichen sie längst nicht. Bilden sich aber die Leute, die unser schwer erschüttertes Wirtschaftsleben nicht zur Ruhe kommen lassen, wirklich ein, die Entente beachtliche, die uns zurechtweisen Lebensmittel zu schenken? Wir werden sie bezahlen müssen,

Ist die Beibringung einer solchen Bescheinigung nach Lage der Verhältnisse nicht möglich, so ist die Heeresangehörigkeit des Eingezogenen nach dem 30. November 1918 durch Vorlegung von Briefen, Briefumschlägen mit Stempel oder auf andere geeignete Weise glaubhaft zu machen.

Amthauptmann Freiherr v. Welck.

Bekanntmachung.

Die Auslegung der Wählerlisten für die Wahlen zur Nationalversammlung betr.

Die hiesige Wählerliste für die am 19. Januar 1919 stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung liegt vom 30. Dezember 1918 bis mit 7. Januar 1919 von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 3-6 Uhr nachmittags im hiesigen Gemeindeamte zu Jedermanns Einsicht aus.

Einsprüche gegen die Wählerlisten.

Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum 7. Januar abends 6 Uhr bei dem Unterzeichneten schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen.

Hohndorf, den 28. Dezember 1918.

Der Gemeindevorstand.

Scharf.

Heimförderung polnischer Arbeiter.

In der zweiten Hälfte des Januar werden voraussichtlich von noch zu bestimmenden Sammelpunkten aus besondere Transporte zur unentgeltlichen Heimförderung der polnischen Arbeiter abgefertigt werden.

Arbeitgeber, deren Leute von dieser Möglichkeit der Heimkehr Gebrauch machen wollen, haben der Amthauptmannschaft, in bezugsfreien Städten dem Stadtrat

bis zum 3. Januar

anzugeben,

1. wieviel Personen heimzufördern sind und von welcher Eisenbahnstation an sie die Eisenbahn benutzen wollen,
2. in welchen Kreis die Leute zurückkehren wollen und wieviel Personen auf jeden einzelnen Kreis entfallen (der Heimatkreis ist in den Ausweispapieren angegeben) oder
3. auf welcher Eisenbahnstation die Leute die Grenze überschreiten wollen und wieviel Personen auf jede Station entfallen.

Das Nähere über den Zeitpunkt der Transporte usw. wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Von einer vorzeitigen Abreise auf eigene Kosten wird den Arbeitern wegen der Verhältnisse an der polnischen Grenze und der Verkehrslage dringend abgeraten.

Dresden, den 23. Dezember 1918.

69 III DM.

Der Staatskommissar für Demobilisierung.

Dehne.